



AŞITÎ BARIŞ FRIEDEN

BULLETIN DER INTERNATIONALEN INITIATIVE "FREIHEIT FÜR ABDULLAH ÖCALAN – FRIEDEN IN KURDISTAN"

Nr.3 August/September 2001

Liebe Leserinnen und Leser,

Wie ernst Ankara die Menschenrechte nimmt wurde der Öffentlichkeit in den letzten Wochen erneut deutlich gemacht.

Der vor Monaten begonnene Hungerstreik in den türkischen Gefängnissen hält unvermindert an und forderte mittlerweile sein neunundzwanzigstes Todesopfer. Ankara will den neuen Gefängnistyp gegen jeden Widerstand durchsetzen. Die Häftlinge aber befürchten nicht ohne Grund, dass damit Willkür und Folter Tür und Tor geöffnet werden.

Das Justizministerium lehnt jeden Dialog mit den Häftlingen ab und beharrt auf seiner harten Linie. Hinzu kommt, dass es nennenswerte öffentliche Kritik zu diesem Verhalten nicht gibt, insbesondere auch nicht von Seiten der EU.

Mitte Juli diesen Jahres fiel der türkische Gesundheitsminister Osman Durmus mit dem Vorschlag auf, junge Frauen, die eine Ausbildung zur Krankenschwester antreten wollen, wieder auf Jungfräulichkeit testen zu lassen. Wir vermuten, daß er sicher nicht zu den treibenden Kräften des EU-Beitritts der Türkei gezählt werden möchte. Abgesehen von einer Stellungnahme der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch blieben die Kommentare der demokratischen Öffentlichkeit des Westens eher dünn.

Zunehmend aber werden in Westeuropa die Stimmen der Kurdinnen und Kurden hörbar, die sich selber öffentlich als Mitglieder der PKK bezeichnen. In der Bundesrepublik haben bisher über 30 000 die 'Selbstbeichtigungserklärung' unterschrieben und den zuständigen Behörden übergeben. Die Kurdinnen und Kurden wollen mit dieser Kampagne ihre Rechte auf die eigene nationale Identität einklagen, der Ignoranz gegenüber der kurdischen Frage begegnen und in Großbritannien und Deutschland die Aufhebung der in diesen beiden Staaten bestehenden Verbote der PKK bewirken.

Die anvisierte Zahl von 100 000 Selbstbeichtigungen europaweit wurde vor dem Stichtag erreicht, so dass die Zahl erhöht und die Kampagne fortgesetzt und intensiviert wurde.

Die Unterstützung der kritischen Öffentlichkeit für diese Kampagne ist in den einzelnen Staaten Europas unterschiedlich. Im Bundesgebiet ist sie bisher noch marginal. Hier ist mehr an Solidarität wünschenswert.

Zum Schluss ein Wort in eigener Sache. Herstellung und vor allem Versand dieses Bulletins schlagen bei jeder Ausgabe kräftig zu Buche. Wir verweisen auf die im Impressum angegebene Kontonummer und bitten die Leserinnen und Leser, denen dies möglich ist, um einen kleinen Beitrag zur Kostendeckung. Wir bedanken uns bereits jetzt für Ihre Hilfe.

Die Redaktion, Köln im August 2001

Erstunterzeichnende der Internationalen Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan:

Prof. Dr. Elmar Altvater (Int. Lelio-Basso-Stiftung für die Rechte der Völker, Deutschland), **Heidi Ambrosch** (Stellv. Vorsitzende und Frauensprecherin der KPÖ), **Xabier Arzalluz** (Präsident der Nationalistischen Baskischen Partei), **Lord Eric Avebury** (Vorsitzender der parlamentarischen Menschenrechtsgruppe, House of Lords, GB), **Uri Avnery** (ehem. Knesset-abgeordneter, Gush Shalom - Friedensblock - Israel), **Mag. Walter Baier** (Vorsitzender der KPÖ), **Jutta Bauer** (Buchillustratorin, Deutschland), **Rolf Becker** (Schauspieler, IG Medien), **Tony Benn** (Parlamentsmitglied, Labour-Partei, GB), **Christine Blower**, (ehem. Präsidentin der Britischen Lehrgewerkschaft *NUT*), **Hans Branscheidt** (medico international/Apell von Hannover), **Hilarion Cappucci** (syr.-orth. Erzbischof von Jerusalem), **Alain Calles** (Präsident des MRAP, Frankreich), **Ken Cameron** (Generalsekretär der Gewerkschaft der Feuerwehr *FBU*, GB), **Josep Lluís Carod Rouira** (Vorsitzender der Republikanischen Linkspartei von Katalonien, Spanien), **Geraldine Chaplin** (Schauspielerin, Madrid), **Prof. Dr. Noam Chomsky** (Linguist, Publizist, Massachusetts Institute of Technology, USA), **Ramsey Clark** (RA, ehem. US-Justizminister), **Harry Cohen** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, GB), **Cynog Dafis** (Parlamentsabgeordneter, Plaid Cymru - Walisische Partei, GB), **Prof. Dr. Helmut Dahmer** (TU Darmstadt), **Prof. Dr. Angela Davis** (University of California, Santa Cruz), **Dr. Diether Dehm** (ehem. stellv. Vorsitzender der PDS), **Adolfo Perez Esquivel** (Literaturnobelpreisträger, Argentinien), **Michael Feeney** (Flüchtlingsbera-

Fortsetzung letzte Seite

Die Bemühungen um Anerkennung unterstützen

von *Monika Morres*

Inhalt:

Seite 2

Die Bemühungen um
Anerkennung unterstützen
Zur kurdischen Identitätskampagne
von Monika Morres, AZAD i.e.V.

Seite 4

Todesstrafe für Abdullah
Öcalan weiteraktuell
Pressemitteilung der Internationalen
Initiative

Seite 5

Flüchtlinge, die Kurdische
Frage und Europa
Interview mit Ismail Sahin (HADEP),
von Karin Leukefeld

Seite 7

Friedenskrise, Teil II
Der kurdische Weg in die Moderne
von Hans Branscheidt

Seite 8

Der Ilisu-Staudamm
Ein Großprojekt mit unabwehrbaren Folgen
Von Klaus Happel

Seite 11

Hungerstreik
Die Liste der Toten wird immer länger
von Chris Kutschera

Impressum:

Herausgeber: Internationale
Initiative "Freiheit für Abdullah
Öcalan - Frieden in Kurdistan"

Druck: Eigendruck,

Auflage: 2.500

Redaktion: Klaus D. Buße, Klaus
Becher, Klaus Happel, Stefan
Leibold

Vi. S.d.P.: Klaus D. Buße

Die Erstellung dieses Bulletin kostet
Geld. Spenden sind sehr willkommen.
Stadtsparkasse Köln, Blz: 37 05 01 98,

"Das Kulturleben und die Kulturentwicklung eines Volkes kann sich nur auf dem Boden voller Freiheit und Unabhängigkeit durch das Hilfsmittel der Muttersprache entwickeln." Dies sagte August Bebel, der mehr als 50 Jahre an der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung stand, auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart im Jahre 1907.

Diese Feststellung hat auch fast 100 Jahre später nichts von ihrem Wahrheitsgehalt verloren.

Am 31. Mai 2001 begann in Berlin eine europaweite Identitäts-Kampagne von Kurdinnen und Kurden, in deren Verlauf sie sich offen zur in Deutschland verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und ihrem friedenspolitischen Projekt bekennen, die Aufhebung des seit 1993 bestehenden Betätigungsverbot für die PKK fordern, das Recht auf Meinungs-, Presse- und Organisationsfreiheit sowie das grundlegende Recht auf Ausbildung in der kurdischen Muttersprache einklagen.

Die in Europa lebenden Kurd(inn)en wollen mit ihrer Kampagne ferner erreichen, dass ihre kulturelle, nationale und politische Identität eine internationale Anerkennung findet. Des Weiteren wird "Freiheit für Abdullah Öcalan" gefordert.

Inzwischen haben sich europaweit bereits Zehntausende von Kurd(inn)en

selbst bezichtigt und Unterschriftenlisten an Abgeordnete, Richter und Staatsanwälte abgegeben. Weil es in Deutschland seit 1993 ein Betätigungsverbot für die PKK gibt, werden diese Selbstbezeichnungen vermutlich strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen. Den Betroffenen ist dies jedoch klar. Mit ihrer Unterschrift übernehmen sie "sämtliche Verantwortung, die sich daraus ergibt."

Songül Karabulut vom Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ) in Berlin erklärte hierzu in einem Gespräch mit der Tageszeitung "junge welt" vom 4. Juli 2001 u. a. : "Jeder Kampf gegen Unterdrückung hat seinen Preis. Das kurdische Volk strebt ein Leben in Freiheit und Frieden an. Für diese legitime Forderung haben wir bereits einen sehr hohen Preis gezahlt und sind bereit, dies weiterhin zu tun."

Um die Motivation für diese Kampagne zu verstehen, will ich auf die historischen Hintergründe der Jahrhunderte langen Verleugnungs- und Vernichtungspolitik eingehen, die im Rahmen dieses Beitrags allerdings nur schlaglichtartig beleuchtet werden können.

Kurd(inn)en erfahren - ganz gleich, wo sie leben - politische Verfolgung, am schärfsten in der Türkei. Bis heute besitzt das über 30 Millionen Menschen zählende kurdische Volk keinen eigenen Staat. Die früheste Erwähnung der Kurden geht auf das 7. Jahrhundert

v.u.Z.zurück.Schon zu jener Zeit war ihr Siedlungsgebiet weitgehend mit dem heutigen identisch und lag im Südosten der Türkei, im Nordirak und im westlichen Teil des Iran. Jahrhunderte lang wurde Kurdistan zerrieben zwischen den Interessen westlicher und östlicher Mächte - von den Römern und Parthern bis zu den türkischen Osmanen und persischen Safawiden.

Die erste wichtige Teilung erlebte Kurdistan im Jahre 1639 zwischen dem Safawiden- und dem Osmanischen Reich. Noch während des Ersten Weltkrieges, im Januar 1918, verkündete der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson im Zuge seiner friedenspolitischen Bemühungen "Vierzehn Punkte", die u. a. auch die Unabhängigkeit der Türkei und die Autonomie der nicht-türkischen Völker des Osmanischen Reiches vorsahen. Folglich wurde im Friedensvertrag von Sèvres, den die türkische Regierung am 10. August 1920 unterzeichnete, Kurdistan die Autonomie zugesichert. Doch der spätere Präsident Mustafa Kemal lehnte eine Ratifizierung des Vertrages vehement ab, weil durch ihn angeblich die "politische, juristische, wirtschaftliche und finanzielle Unabhängigkeit" des zu gründenden neuen Staates Türkei zerstört werden sollte.

So gelang es den Kemalisten in den Folgejahren, ihre Position durchzusetzen. Am 24. Juli 1923 schlossen dann England, Frankreich und die Türkei den Vertrag von Lausanne ab. Darin war von einem kurdischen Staat keine Rede mehr. Vielmehr wurde die "Türkische Republik" als neuer Staat anerkannt, der ehemalige Weltkriegsoffizier Mustafa Kemal Atatürk ihr Präsident und Kurdistan im Zuge dieser Neuordnung zwischen der Türkei, Syrien, dem Irak und dem Iran aufgeteilt.

Die Festlegung des Status quo in der

kurdischen Frage und die damit verbundene Verleugnungspolitik der kurdischen Identität hat bis heute Bestand. Es gab zahlreiche kurdische Aufstände gegen die brutale Vertreibungs- und Vernichtungspolitik, vornehmlich des türkischen Staates. Die meisten von ihnen wurden allerdings blutig niedergeschlagen. In den letzten 20 Jahren jedoch führte das kurdische Volk einen erfolgreichen Kampf gegen die Vernichtung seiner Identität, der unter extremen Bedingungen geführt wurde und einen hohen Preis gefordert hat.

Vor zwei Jahren hat Abdullah Öcalan, der Vorsitzende der Arbeiterpartei Kurdistan, PKK, das Ende des bewaffneten Kampfes erklärt und in diesem Rahmen einen Friedensplan vorgelegt. Auf dem 7. Parteikongress der PKK wurde dieses Vorhaben akzeptiert und auf der Basis der "Kopenhagener Kriterien" zu einem umfassenden Friedensprojekt weiterentwickelt. Doch verweigert Europa, allen voran die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien, den Kurd(inn)en ihre Rechte und Freiheiten. Mit dieser Haltung verstößt Europa gegen die selbst gesetzten Kriterien. Aus Rücksichtnahme auf die Türkei und die jeweils eigene Interessenslage setzen die europäischen Staaten weiterhin auf Stillstand, Verbote und Verleugnung. Im 21. Jahrhundert sollte jedoch die kulturelle und politische Identität der Kurd(inn)en endlich anerkannt werden und ihnen das uneingeschränkte Recht auf ein Leben in Frieden und Freiheit gewährt werden.

Der kurdische Journalist Mehmet Sahin fragt in seinem Leitartikel in Heft 24 der vom Rechtshilfefonds AZADI herausgegebenen Broschüre "AZADI-Informationen", wie wohl der deutsche Staat auf die Selbstbeziehungskampagne

reagieren wird und was geschähe, wenn sich diesem Bekenntnis zur PKK auch viele Menschen nichtkurdischer Herkunft anschließen würden.

Nun, bisher gab es Be- und Verhinderungen von Info-Tischen, Kundgebungen und Demonstrationen, einige Festnahmen und Durchsuchungen, aber auch Veranstaltungen, die reibungslos und ohne polizeiliche Intervention verliefen. Ungeachtet der politischen und strategischen Veränderungen der kurdischen Bewegung hat allerdings der Generalbundesanwalt (GBA) im Zusammenhang mit der Identitäts-Kampagne ein neues Strukturermittlungsverfahren gegen die PKK eingeleitet. Gegenüber der Presseagentur agence france press (afp) wurde dies am 4. Juli 2001 von einer Sprecherin des GBA bestätigt. Das lässt eine erneute Repressionswelle befürchten.

Acht Jahre PKK-Verbot sind genug! Die demokratische Öffentlichkeit sollte einer Fortsetzung der Repressions- und Kriminalisierungspolitik gegenüber der kurdischen Bevölkerung eine Absage erteilen und sich mit den Menschen solidarisieren. Begrüßenswert wäre die Unterstützung der kurdischen Kampagne mit eigenen Aktivitäten.

Monika Morres ist Mitarbeiterin bei AZADI e.V. Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

Todesurteil für Abdullah Öcalan weiterhin aktuell

Am 29. Juni 1999 wurde gegen den Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, vom obersten türkischen Staatssicherheitsgericht die Todesstrafe verhängt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGHMR) erwirkte mit einem Eilentscheid die vorläufige Aussetzung seiner Vollstreckung. Bis zum endgültigen Urteil des EGHMR will die Türkei den Entscheid respektieren.

Trotz des über ihn verhängten Todesurteils setzt sich Abdullah Öcalan auch aus der Haft heraus im Rahmen seiner Möglichkeiten weiterhin für eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes ein. Mit der einseitigen Beendigung des Krieges durch die kurdische Seite entstand eine reale Chance zur politischen Lösung des Problems. Diese Chance bleibt nach wie vor ungenutzt.

Mit der Ernennung der Türkei zum Beitrittskandidaten der Europäischen Union waren große Hoffnungen auf den Beginn eines Demokratisierungsprozesses in der Türkei verbunden. Zwei Jahre nach dem EU-Gipfel von Helsinki herrscht nun tiefe Ernüchterung. Die nach wie vor katastrophale Menschenrechtssituation in der Türkei, die zunehmende Repression gegenüber demokratischen Institutionen, der selbstherrliche Umgang mit der Hungerstreiktragödie in türkischen Gefängnissen und der Wiederbeginn des "Verschwindenlassens" von Repräsentanten demokratischer Parteien lassen am Willen der Türkei zur Umsetzung der "Kopenhagener

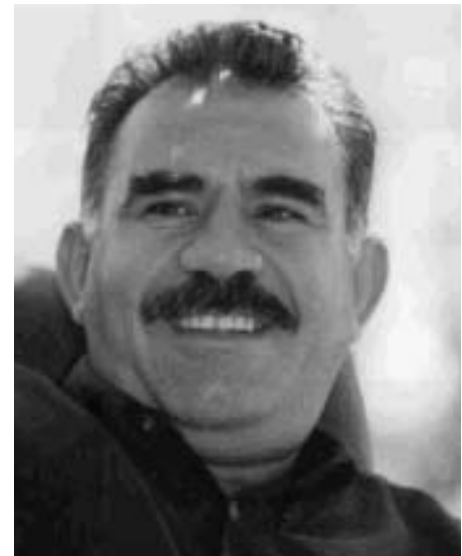
Kriterien" zweifeln.

Grundlegende Forderungen, wie die Abschaffung der Todesstrafe, stoßen auf innenpolitischen Widerstand. So macht die ultranationalistische MHP ihre Zustimmung davon abhängig, zuerst das Todesurteil an Abdullah Öcalan zu vollstrecken. Das jüngst verhängte Verbot der islamistischen Partei Fazilet, als der größten parlamentarischen Oppositionspartei zeigt das Dilemma des stagnierenden Demokratisierungsprozesses auf.

Auch die Kurden beginnen ungeduldig zu werden. Erst kürzlich meldeten sich Mitglieder des Führungsgremiums der PKK mit scharfen Erklärungen zu Wort, in denen die Möglichkeit eines Neubeginns des Krieges nicht mehr ausgeschlossen wird. Ein erneuter Krieg jedoch hätte unabsehbare Folgen für die Stabilität der Region.

Festzustellen ist, dass das von den führenden Mächten der europäischen Staatengemeinschaft verfolgte Kalkül eines "kritischen Dialoges" mit der Türkei keine Aussicht auf Erfolg zeigt. Die allgemein gehaltene Formulierung des EU-Dokuments zur Beitrittspartnerschaft, in dem bewusst auf die namentliche Nennung der Kurden verzichtet wurde, hat die Türkei in ihrem repressiven Umgang mit ihren zentralen Problemen ermutigt.

Wir appellieren deshalb an die europäische Staatengemeinschaft, mehr Initiative zu entwickeln und auf die Türkei maßgebend einzuwirken. Die offizielle



Abdullah Öcalan

Foto: Asiti

Anerkennung der nationalen und politischen Identität der Kurden wäre ein deutliches Signal an die Türkei, dass es nur mit der vollständigen Umsetzung der "Kopenhagener Kriterien" einen freien Weg nach Europa geben wird.

Unterdessen wurde ein zweites Verfahren in der Türkei gegen Abdullah Öcalan zunächst vertagt, da die Verteidiger aus "meteorologischen Gründen" nicht auf die Gefängnisinsel İmralı übersetzen durften. Auch in diesem zweiten Verfahren, in dem weitere Anklagepunkte verhandelt werden sollen, strebt die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe an.

Flüchtlinge, die Kurdische Frage und Europa

Ein Interview mit dem HADEP-Politiker Ismail Sahin (Izmir)

von Karin Leukefeld

Ismail Sahin (34) stammt aus Ergani in der Provinz Diyarbakir. Ergani wurde 1994 durch das Militär zwangsgeräumt und zerstört. Sahin war schon aktiv in der DEP. Nach deren Verbot engagierte sich seit 1996 in der HADEP. Er arbeitete in leitenden Positionen für den Jugendverband der HADEP in Diyarbakir und Istanbul. Seit 7 Monaten ist Ismail Sahin Erster Sekretär der HADEP in Izmir.

Herr Sahin, es gibt in der Türkei sehr unterschiedliche Meinungen zum Eintritt der Türkei in die Europäische Union. Welche Position vertritt die HADEP?

Wir halten einen Anschluss der Türkei an die EU für unverzichtbar. Für uns sind dabei die Kopenhagener Kriterien wichtig. Sie sehen eine freiheitliche und gleiche Gesellschaftsordnung innerhalb eines Landes vor. Dazu gehört insbesondere die Abschaffung von Folter und Todesstrafe und der Respekt vor den Menschenrechten. Damit könnte eine Lösung der Kurdischen Frage begonnen werden.

Die eigentliche Lösung ist für uns allerdings etwas anderes. Dieser Unterschied ist wichtig.

Wie sieht die Zusammenarbeit zwischen HADEP und der türkischen Linken aus?

Wir haben vor allem Beziehungen zu Gewerkschaften. Dann arbeiten wir mit der ÖDP, der EMEP, der SIP, der D-SIP und

der DBP (Demokratische Friedenspartei) zusammen. Die HADEP kann nur im Rahmen eines Linksbündnisses stark werden, das ist schon lange unsere Position. Die genannten linken Kräfte sind intern zerstritten. Wir meinen aber auch, dass die türkische Linke die politische Entwicklung in der Türkei nicht ausreichend versteht. Das führt leider zu einer Situation, dass es die Kapitalvertreter, also Tüsiad, sind, die ein Erneuerungsprogramm präsentieren, anstelle der Linken. Wir haben derzeit keine realistischen Aussichten, die Linken zu einer politischen Kraft zu machen, die die gegenwärtigen politischen Prozesse effektiv beeinflussen kann.

Wenn es jetzt zu vorgezogenen Wahlen kommen sollte, wie würde die HADEP abschnitten?

Wir halten Neuwahlen derzeit für unrealistisch.

Nach öffentlichen Meinungsumfragen anderer Parteien würde die HADEP derzeit als einzige Partei mehr Stimmen erhalten, als bei den letzten Wahlen. Alle anderen Parteien, einschließlich MHP und DSP, die ja mit der ANAP die Regierungskoalition stellen, würden an der 10%-Hürde scheitern. Die HADEP kann allein die 10%-Hürde nicht überwinden. Das wäre nur mit einem starken Linksbündnis möglich.

Es gibt Stimmen innerhalb der türkischen Linken, die sagen, die HADEP vertrete einen kurdischen Nationa-

lismus und sei nicht fortschrittlich. Die Kurden seien rückständig und stärken den Islam in der Türkei. Das belege der hohe Stimmenanteil für die FP in den kurdischen Gebieten?

Die HADEP ist eine Massenpartei, die sich an den Prinzipien des demokratischen Sozialismus orientiert. Sie ist offen für Menschen aus allen Klassen, egal welcher ethnischen Herkunft. Es stimmt, daß ein großer Teil der HADEP-Unterstützer Kurden und Kurdinnen sind. Wesentlich ist aber, daß die Grundlage der HADEP eine humanistische Weltanschauung ist, nicht Ethnozentrismus. Die HADEP hat erst recht keine religiöse Orientierung. Bei uns gibt es Atheisten ebenso wie Muslime, assyrische Christen und Aleviten. Vielleicht erklärt sich die Reserviertheit der türkischen Linken daher, dass die Struktur der HADEP die Realität der Bevölkerung widerspiegelt. Wir wenden uns explizit gegen jede Form von Nationalismus und Chauvinismus. Die Interessen eines Volkes zu vertreten, ist für uns eine andere Sache.

Wir haben in 13 Distrikten der Provinz Izmir Verbände. In einem Ort stellen wir die Kommunalverwaltung. Bei den letzten Wahlen haben wir in Izmir rund 100.000 Stimmen bekommen. Unser Potential liegt eigentlich darüber, bei gut 1 Mio. Aber in den Stimmen hat sich das noch nicht niedergeschlagen. Die Newrozfeiern im März haben wir mit 50.000 Menschen gefeiert. Wir haben derzeit 10.000 Mitglieder, diese

Zahl wollen wir natürlich erhöhen. Wir arbeiten vor allem in den Slumvierteln, dort ist unsere Basis. Unser Programm umfaßt die Entwicklung einer demokratischen Republik mit allem, was dazu gehört. Unsere Schwerpunkte liegen in der Organisation, der Bildung und im Engagement in den Gewerkschaften und Berufsverbänden. In letzter Zeit haben wir erfolgreich Beziehungen mit offiziellen Regierungsstellen aufgebaut.

Befassen Sie sich auch mit Umweltproblemen? Izmir hat ein offensichtliches Abwasserproblem und in Bergama gibt es Proteste gegen den Goldabbau. Beteiligen Sie sich daran?

Heute mehr als gestern. Wir mußten feststellen, dass wir gerade im umweltpolitischen Bereich große Schwächen haben. Es gibt mit Umweltorganisationen bisher keine ernsthafte, ausgeprägte Zusammenarbeit. Aber wir arbeiten daran. Allerdings gibt es Vorurteile und Berührungängste gegen uns.

Liegen die Vorbehalte an dem drohenden Verbot oder daran, dass die HADEP sich für die Lösung der kurdischen Frage einsetzt?

Das liegt vor allem an dem weit verbreiteten Chauvinismus. Bei den Protesten in Bergama gibt es jedes Mal negative Reaktionen, wenn die HADEP namentlich als Unterstützer erwähnt wird. Die staatliche Einschüchterungspolitik wirkt.

Sie plädieren für das Recht der kurdischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat, wie versuchen Sie das konkret umzusetzen?

Als Partei haben wir eine Binnenflucht-kommission eingerichtet. Der Staat richtet Zentraldörfer ein (köy Kent =

Dorfstadt), in denen die ehemalige Bevölkerung verschiedener Dörfer zusammengefasst wird. Wir fordern, dass die Menschen an ihren ursprünglichen Wohnort zurückkehren und sich wieder selber ernähren können. In den 15 Jahren, die der Krieg gedauert hat, sind Millionen von Kurden und Kurdinnen zu Flüchtlingen geworden. Auch in Izmir gibt es viele tausende von Flüchtlingen und Kriegsopfern. Selbstverständlich müssen wir zunächst einmal für diese Menschen das Überleben sichern. Langfristig allerdings kann unser Ziel nur die Rückkehr der Menschen auf ihr eigenes Land sein.

Von Izmir fliehen viele Menschen nach Europa. Die europäischen Staaten wollen das unterbinden. Versucht die HADEP die Menschen von der Flucht abzuhalten?

Es gibt eine Fluchtbewegung in die Metropolen der Westtürkei und von hier aus weiter nach Europa. Diese Fluchtbewegung geht darauf zurück, dass es in den ursprünglichen Heimatgebieten dieser Menschen keine Überlebenschancen gibt. Ich denke, dass nur wenige der Binnenflüchtlinge bewußt ihre Heimat verlassen. In diesem Punkt muß ich sagen, dass mir die Politik der meisten europäischen Staaten, insbesondere von Frankreich und Deutschland, sehr unehrlich vorkommt. Sie meinen, es würde reichen, die Fluchtbewegungen in den Metropolen der Türkei zu stoppen und zu verhindern, dass die Leute weiter nach Europa fliehen. Für sie ist die Endstation der Flucht in den westlichen Metropolen der Türkei. Das ist für uns nicht so. Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen und müssen sicherstellen können, dass diese Menschen mit ihrer eigenen Identität, Sprache und Kultur und ihrem Recht auf Leben in ihrer Heimat ernstge-

nommen werden.

Was für Bedingungen sind erforderlich, damit die Menschen zurückkehren können?

Die Flucht ist Resultat der ungelösten Kurdischen Frage. Wir stellen uns keineswegs gegen humanitäre Hilfe in den Metropolen. Eine dauerhafte Lösung kann nur darin liegen, die Lebensbedingungen der Menschen wiederherzustellen. Die Kriegs Atmosphäre muß aufgehoben werden, die Menschen müssen rehabilitiert und ihre zerstörten Häuser wieder aufgebaut werden. Es muß eine Ökonomie aufgebaut werden, damit die Leute sich selber ernähren können. Das ist eine Aufgabe des Staates, der dafür verantwortlich ist. Nach dem großen Erdbeben im Westen der Türkei sind mehrere kurdische Familien, gezwungen ermaßen, in ihre Heimat zurückgekehrt. Doch der Ausnahmezustand (OHAL) hält an, so dass sie nicht auf ihre Dörfer zurückkehren können.

Sehen Sie denn keine Möglichkeiten, mit NGOs enger in dieser Frage zusammen zu arbeiten?

Die politischen Möglichkeiten von Kommunal- und Stadtverwaltungen sind begrenzt. Weder können sie mit internationalen Einrichtungen zusammenarbeiten oder finanzielle Unterstützung erhalten, noch haben sie ausreichende politische Artikulations- und Entscheidungsfreiräume. Die Zentralregierung erwartet, dass jede Kommune sich mit ihrem Anliegen direkt an sie wendet und entsprechend der zentralen Entscheidungen agiert. Eigeninitiative ist nicht erlaubt. Solange diese Bedingungen bestehen, sind den Verwaltungen die Hände gebunden.

Friedens-Krise

Teil II: Der Kurdische Weg in die Moderne

von *Hans Branscheidt*

Was für die gesamte Türkei Geltung hat, wird in besonders negativer Weise Kurdistan betreffen. Die europäischen Geldgeber und die türkischen Eliten selber wollen und werden ausschließlich in die modernen Technologien investieren - auf keinen Fall aber im Osten des Landes tätig werden, wo nach ihrer Auffassung nichts zu holen, sondern nur etwas zu verlieren ist. In den vorliegenden Plänen zur Entwicklung und Erneuerung in der Türkei, soweit diese von europäischer wie von türkischer Seite vorliegen und einsichtig sind, kommt der kurdische Osten so gut wie nicht vor. Was zerstört wurde, soll zerstört bleiben, was durch Staumdammbauten zur Energiesicherung für die wirtschaftliche Entwicklung überflutet wird, soll sich als Binnenmigrant auf den Weg in die Städte machen oder nach Westen oder nach Europa gehen. Kein einziger Gedanke auf den Treffen der vereinigten Europäischen Parlamentariergruppe hat sich bisher mit den Schicksalen der zukünftigen Mitglieder dieser neuen Migrationsgruppe beschäftigt. Die Tüsiad-Vertreter halten sich dies bezüglich für nicht zuständig, zuständig sei der Staat, der dafür aber weniger Mittel als je zuvor verfügbar haben soll - also wird der Blick der Betroffenen ihrerseits auf das westliche Europa gerichtet sein, wo das Lohndumping bis dahin seinerseits unerhörte Ausmaße angenommen haben dürfte.

Solche Perspektive vor Augen, wird die Begrifflichkeit des Friedens nicht falsch, wohl aber farblos werden und einen Ver-

lust an referentieller Bedeutung erleiden, weil die soziale Not den Takt angibt. In Ansehung wachsender Depravation und weiterem sozialen Ausschluß der Kurden in ihrer ursprünglichen Heimat wird die HadeP Partei unerhört herausgefordert sein. Sie muß, wenn sie reüssieren will, die Nöte und Bedürfnisse der Betroffenen vertreten und als soziale Ziele politisch fokussieren. Mehr noch: sie wird veranlaßt sein, eigene soziale Pläne und großräumig orientierte Planifikationen zur Entwicklung des eigenen Terrains herauszuarbeiten. Mehr noch als bisher wird sie veranlaßt sein, die Wanderungsbewegungen der eigenen Leute vor Augen, - eine politisch-soziale gestaltende Kraft für die ganze Türkei zu werden und für Europa, in dessen Länder die eigenen Migranten als Reservearmee sich niederlassen werden. Es ist ein Mangel, daß diese Aufgaben bisher noch nicht in ihrer ganzen Tragweite erkannt und vorausgesehen und aktiv zum Thema geworden sind. Denn es gilt jetzt für die Kurden: Bündnisse einzugehen mit sozialen Gruppen und betroffenen Fraktionen der Bevölkerung, weit über den ethnisch-national gebundenen Bereich hinaus, es ist dringend erforderlich, sich fester, offener und verbindlicher in Europa zu verankern, auch hier sind soziale und demokratische Zielbündnisse zu fundieren, muß zielbewußter sozialer Lobbyismus in Brüssel oder Berlin zur festen Größe werden. Das fatale Gegenteil wäre ein nur binnenpolitisch orientierter, rein kurdischer Zweckverband, ein Ana-

chronismus, der auf dem dynamischen Weg in die neue Moderne Europas einfach übersehen würde. Die unglaubliche Tatsache, daß alle Friedensappelle der kurdischen Seite, in ihrer ganzen Vernunft und Menschlichkeit, gänzlich ignoriert werden, manifestiert bereits das hier bezeichnete Dilemma.

Die Anerkennung der Kurdischen Ziele, Rechte und Forderungen wird nur dann eine Chance haben und Zustimmung finden über den eigenen Kreis hinaus, wenn die politischen Repräsentanten der Kurden Seite konkrete soziale Entwicklungsvorstellungen präsentieren. Reformpläne für die Heimat, auf demokratischen Prinzipien glaubhaft beruhend, die Zukunftsziele klar benennend, auf der Basis sicherer Sozialdaten und Überhebungen angelegt, die soziale Basis zur ihrer Verwirklichung bezeichnend und zugleich diese recht eigentlich erst motivierend und ausbildend, mit Vorstellungen genuin demokratischer Art von den zukünftigen Umständen der Lage der Frauen und ihrer Rechte in der Kurdischen Gesellschaft, der Minderheiten, der Bildung und Berufsqualifikation, zur Wasserfrage und zur regionalen Zusammenarbeit - und nicht zuletzt zur übergreifenden sozialen Interaktion der verschiedenen Zentren kurdischer Existenz, nämlich von Mardin über Adana und Istanbul bis Berlin.

Es ist notwendig, daß in diesem Zusammenhang geeignete Institutionen geschaffen werden müssen, funktionale Instrumente für die Planung, Durch-

führung und lobbyistische Propagierung kurdisch formulierter Ziele und Ansprüche, die gesellschaftlich übergreifend sind, also nicht nur "Kurden" betreffen. Die Installierung kurdischer Banken und Finanzierungseinrichtungen und auch die Formierung der Unternehmerinnen und Unternehmer Kurdistans in allen europäischen Terrains, in denen Kurden leben, bedeutet eine sehr richtige und außerordentlich notwendige Entwicklung in diese Richtung. Dabei dürfen solche Institute nicht allein auf die korporative Wahrnehmung unmittelbarer finanzieller Interessen gerichtet sein, sondern sollten eine langfristige und weitreichende Perspektive der Veränderungsprojektion enthalten. Sie müssen die Frage beantworten können, in welcher konkreten Weise sie mit der Planung zur Entfaltung Kurdistans und zur Demokratisierung der Türkei und Europas strategisch-praktisch korrespondieren. Ob sie bereit, kompetent und in der Lage sind, im Sinne von public-private-partnership soziale Projekte zu stimulieren und mit Kreditgaben auch zu finanzieren, deren Hauptfinanzierung sie sich im Rahmen glaubwürdiger und tragfähig konzipierter Projekte von den Staaten und der Kommission Europas sichern lassen. Inwiefern sie imstande und willens sind, als Exponenten kurdischer Privatwirtschaft aktive Bündnisse und dauerhafte Entwicklungsbeziehungen zu nicht-kommerziellen NGO's einzugehen, deren Realität und Vernetzung im kurdisch-türkisch-europäischen Kontext bislang versäumt wurde, aber in Anbetracht der abzusehenden politischen Dynamik das Gebot der Stunde bedeuten. In einem eigenen, überzeugenden "Entwicklungsprogramm Kurdistan" könnten nicht nur die von Diyarbakir bis England dislozierten Mitglieder der eigenen Kommunität in der Heimat wie in der Diaspora sich sinnvoll wiedererken-

nen, es wäre dies auch der gesamt kurdische Development workshop, der die vielen neuen jugendliche Talente und wissenschaftlichen Kader kurdischer Herkunft produktiv werden lassen könnte, bevor sie zu Daimler-Chrysler gehen oder sich innerhalb der EU Bürokratie verdingen. Statt Binnenpolitik bloß unmittelbarer Interessensvertretung ist also Außen- und Entwicklungspolitik in gesamteuropäischer, in türkischer wie kurdischer Perspektive gefordert - um signifikant durch eigene Leistungen, überzeugende Konzepte, demokratische Entwürfe teilhaftig zu werden am gesamteuropäischen Planungsprozess, um dadurch endlich auch wahrgenommen und entsprechend beachtet zu werden.

Dabei ist es kein Widerspruch, die Frage der Demokratisierung an den Anfang zu stellen und zum vorrangigen Ziel zu erklären. Die politischen Vertreter der kurdischen Seite wissen wohl, warum sie darauf bestehen, daß jegliche anstehende Entwicklung unbedingt und um fast jeden Preis demokratisch gefaßt und bewerkstelligt werden muß: weil sonst Putsch und Chaos drohen und unaufhaltsamer Rückschritt. Es ist wohl wichtig, die eigene Verantwortlichkeit auf das Ganze zu beziehen, auf Europa und die gesamte türkische Republik. Allerdings gehört zur Demokratie deren soziale Unterkellerung. Das fundamentale Verlangen, daß die Menschen Einkommen und Auskommen haben, ihre Gesundheitssicherung zur Garantie wird, ihre Ausbildung ihnen Zukunft und Chancensichert: daß endlich die reformierten Gesetze und Verfassungen Europas auch ein soziales Versprechen enthalten. Angeglihen und gleichberechtigt, für die zukünftigen 400 Millionen Menschen zwischen Hakkari und Dublin. Daß aus allem nicht nur ein Projekt der neoliberalen Eliten wird, sondern ein partizipatives Europa der Viel-

falt der Bevölkerungen und Gruppen, dazu kann und muß die kurdische Seite einen wichtigen Beitrag leisten. Er entscheidet nicht zuletzt auch darüber, inwieweit die Tragödie kurdischen Leids vor der Geschichte endlich widerrufen wird.

(Fortsetzung von Seite 5) Flüchtlinge, die Kurdische Frage.....

Bedeutet das nicht, die menschenunwürdige Situation von Flüchtlingen festzuschreiben und alles auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben?

In den letzten Jahren hat die Flucht-bewegung von Kurden und Kurdinnen Europa sehr stark beeinflusst. Darum ist das Hauptziel der europäischen Regierung, die Flucht-bewegung vor den eigenen Toren zu stoppen. Keine Flüchtlinge sollen mehr nach Europa kommen. Aber kein europäisches Land hat eine Politik zur Lösung der kurdischen Frage entwickelt. Europa handelt ausschließlich im Eigeninteresse. In diesem Rahmen gibt es zwischenstaatliche Zusammenarbeit mit der Türkei und auch konkrete Projekte für vorübergehende humanitäre Hilfe in den Metropolen der Westtürkei. Ich möchte nicht mißverstanden werden. Wir sind nicht dagegen. Aber es greift zu kurz. Eine dauerhafte Ansiedlung von Kurden und Kurdinnen in den Metropolen der Westtürkei dient auch der Assimilation von Kultur und Sprache. Damit tut man ihnen keinen Gefallen. Darum sagen wir, dass Europa nicht in erster Linie an die Kurden denkt, sondern nur an das eigene Interesse.

Die Kontroverse um den Ilisu-Staudamm

Ein Großprojekt mit unabsehbaren sozialen, ökonomischen und politischen Folgen

von Klaus Happel

Die Türkei plant in Nordwestkurdistan bei Ilisu einen Staudamm im Rahmen des GAP (Südostanatolien-Projekt, Güneydogu Anadolu Projesi). Hierbei handelt es sich um ein Programm zur Entwicklung der Infrastruktur dieser Region, das den Bau von 22 Dämmen und 19 Kraftwerken an den Flüssen Euphrat und Tigris sowie deren Nebenflüssen umfasst. Die Gesamtkosten des Projektes werden auf etwa 32 Milliarden Euro geschätzt. Ziel ist eine beschleunigte wirtschaftliche und soziale Entwicklung von Südostanatolien. Insgesamt sollen durch das Projekt 1,7 Millionen Hektar Land bewässert und 2,7 Gigawatt Strom erzeugt werden. Doch das Projekt hat viele Versprechen nicht eingelöst und zu Widersprüchen und Protesten geführt. Jetzt steht eine weitere Etappe dieses Unternehmens an: Ein Staudamm bei Ilisu am Tigris, der aufgrund zu erwartender negativer politischer, sozialer und ökologischer Implikationen weltweit in die Kritik geriet. Die für Kredite der Weltbank von den OECD-Ländern etablierten Richtlinien für die Förderung von Entwicklungsprojekten werden durch das GAP insgesamt wie auch durch das Ilisu-Projekt in mehreren Punkten verletzt. Daher hatte sich die Weltbank bereits 1984 geweigert, GAP-Projekte zu finanzieren aufgrund des ihnen für die Wasserverteilung der Region inwohnenenden Konfliktpotentials, sowie der zu erwartenden sozialen und ökologischen Probleme. Sowohl die Türkei als auch diejenigen Regierungen, die derzeit Exportkreditbürgschaften für die an dem Pro-

jekt beteiligten Firmen in Betracht ziehen, sind Mitglieder der OECD, die die Weltbank finanziert. Dieselben Länder scheinen nun entschlossen, ihre eigenen Erkenntnisse und Beschlüsse einmal mehr verdrängen zu wollen und das Projekt über staatliche Exportkreditbürgschaften, in Deutschland Hermes-Bürgschaften genannt, zu finanzieren, aller Kritik zum Trotz, die eigenen qua Weltbank aufgestellten Regeln ignorierend. Das Projekt Ilisu liegt am Tigris, etwa 65 km stromauf der syrischen und irakischen Grenze und ist Teil des Südost-Anatolien-Projektes (GAP), eines umfangreichen Wasserkraft- und Bewässerungsplanes im Bereich der Flüsse Euphrat und Tigris im türkischen Teil Kurdistans. Hier soll für etwa 2 Milliarden Euro plus Finanzierungskosten der Fluß gestaut werden und das gegenwärtig größte Wasserkraftwerk der Türkei entstehen. Ein Damm von 1820 m Länge und 135 m Höhe wird den Tigris zu einem See mit einer Fläche von 313 Quadratkilometern aufstauen. Das geplante Kraftwerk wird eine Leistung von 1200 Megawatt haben. Der Baubeginn war ursprünglich für Mitte 1999 geplant, konnte aber wegen Finanzierungsschwierigkeiten nicht gehalten werden, womit sich auch der für 2006 geplante Betriebsbeginn entsprechend verzögern wird. Vertragspartner der türkischen Regierung ist ein schweizerisches Konsortium aus den Firmen Hydro Sulzer und ABB. Diese wiederum übergaben die Bauarbeiten an ein Konsortium verschiedener hauptsächlich

europäischer Firmen, bestehend aus u.a. Balfour Beatty (Britannien), Impregilo (Italien), Skanska (Schweden), Nuro, Kiska und Tefken (Türkei). Für die Finanzierung zuständig ist die Union Bank of Switzerland (UBS), die sich zurzeit zusammen mit der Schweizerischen Exportrisikogarantie um Exportkreditbürgschaften bei den zuständigen Behörden der Herkunftsländer der beteiligten Firmen bemüht. Der Schweizer Bundesrat hat im November 1999 entschieden, eine Exportrisikogarantie für Ilisu zu gewähren, jedoch erklärt, falls andere Länder Bürgschaften verweigerten, würde auch die Schweizer Garantie hinfällig.

Die Probleme

Die Wasser von Euphrat und Tigris werden sowohl von der Türkei als auch von Syrien und Irak beansprucht. Zusammengenommen übersteigen deren Ansprüche die Kapazitäten der beiden Flüsse jedoch deutlich. Die Türkei hat sich allerdings bisher geweigert, über die Verteilung bzw. eine Überwachung der Verteilung des Wassers zu verhandeln, da sie sich am Oberlauf beider Flüsse befindet und damit glaubt, aus einer Position der Stärke heraus handeln zu dürfen und die am Unterlauf liegenden Anrainer unter Druck setzen zu können. Mit Hilfe des Ilisudamms ist die Türkei in der Lage den Wasserfluß des Tigris nach Syrien und Irak für mehrere Monate vollständig zu sperren. Im Mai 1997 hat die Vollversammlung der

Vereinten Nationen ein Übereinkommen zu grenzüberschreitenden Wasserwegen verabschiedet, das negative Auswirkungen solcher Projekte auf die Anrainer zu verhindern sucht. Dieses mit großer Mehrheit zustande gekommene Abkommen erhielt nur drei Gegenstimmen: China, Burundi und natürlich die Türkei. Die Türken lehnten insbesondere alle Bestimmungen ab, die dazu verpflichten, Anrainer über geplante Wasserprojekte in Kenntnis zu setzen, größere Schäden durch solche Projekte zu verhindern und in diesem Zusammenhang entstehende Konflikte friedlich zu lösen (!!).

Künftige Probleme sind abzusehen. Bei den bisher fertiggestellten Teilprojekten des GAP, den Atatürk- und Karakaya-Staudämmen, wurden mehrere hunderttausend Menschen unfreiwillig umgesiedelt. Da Entschädigungszahlungen nur für diejenigen vorgesehen waren, die Land oder Häuser besaßen, wurden viele Familien überhaupt nicht entschädigt. In Südost-Anatolien befindet sich der Großteil des Bodens noch immer in den Händen von Großgrundbesitzern. Die landlosen Menschen wanderten schließlich in die größeren kurdischen Städte oder in die Westtürkei bis nach Istanbul ab und bevölkern dort heute die Slums. Wer seinen Protest gegen Entwurzelung und Umsiedlung zum Ausdruck brachte, wurde darüber hinaus als Sympathisant oder Unterstützer der kurdischen Guerilla vom Staat verfolgt.

Auch diesmal wurden die Betroffenen nicht vorher in die Planung einbezogen. Eine Arbeitsgruppe des Kurdish Human Rights Project (KHRP) aus London, die im September 1999 das Projektgebiet bereiste, bestätigt diese Einschätzung. Demnach wurden die lokalen Behörden und Kommunalpolitiker weder von der zuständigen staatlichen Regierungs-

behörde, noch von dem beantragenden Konsortium angehört und erfuhren erst durch die Presse und eigene Recherche von dem Projekt. Außerdem erhielten sie keinen Zugang zu den offiziellen Projektunterlagen. Alle befragten Kommunalvertreter lehnten den Staudamm ab, wobei sie gleichzeitig die Möglichkeit einer öffentlichen Diskussion über dieses Thema als völlig abwegig einschätzten. Für gewählte Vertreter ist es nach türkischem Gesetz strafbar, sich gegen den Staudamm auszusprechen. Ebenso wenig ist es möglich, den Umsiedlungsprozeß mit einem unabhängigen Monitoring zu begleiten, solange das Recht auf freie Meinungsäußerung für die kurdische Bevölkerung nicht gewährleistet ist. Wie bei den vorangegangenen GAP-Projekten liegt auch jetzt noch keine Planung für eine Entschädigung der Betroffenen vor und es steht zu befürchten, daß Ilisu zwar wenig zur Entwicklung der Region beiträgt, statt dessen aber einige zehntausend Menschen heimatlos macht.

Gesundheitliche Folgewirkungen

Die Verteilung von Infektionskrankheiten in menschlichen Populationen wird beeinflusst durch Änderungen menschlichen Verhaltens, sozio-ökonomischer Bedingungen und Umweltfaktoren. Technologische Fortschritte verursachen globale Veränderungen des Klimas und der Verteilungsmuster von Krankheiten. Verschiebungen bei der Nutzung von Land und Wasser als Konsequenz ökonomischer Entwicklung oder ökologischer Abnutzung können den Kontakt zwischen Krankheitsverursachern und menschlichen Populationen verbreitern. Veränderungen der Umwelt können unmittelbar eine Erhöhung des Kontakts mit den Verursachern von Infektionskrankheiten be-

wirken oder die Verbreitung und Übertragung verbessern durch Ausweitung des Lebensraumes des Überträgers. Veränderte oder wechselnde ökologische Bedingungen haben bereits in der Vergangenheit zu deutlichen Anstiegen von Infektionsraten und den damit verbundenen Krankheiten bei einer Vielzahl infektiöser Organismen geführt, darunter auch derjenigen Erreger, die für Malaria, Leishmaniose und Schistosoma verantwortlich sind, wie wir aus früheren Großdammprojekten wissen. Das Aufstauen des Tigris wird dessen Selbstreinigungskräfte und damit die Wasserqualität drastisch reduzieren. Außerdem ist für das Gebiet des Stausees eine Zunahme von Infektionskrankheiten, insbesondere Malaria und Leishmaniose zu erwarten. Der Stausee wird schließlich auch das antike Städtchen Hasankeyf am Tigris, 60 km von Diyarbakir überfluten und damit ein historisches Kleinod und archäologisches Menschheitserbe von bedeutendem Wert zerstören.

Mehr als 36.000 Menschen werden im Ilisu-Gebiet negativ betroffen sein, davon müssen 16.000 umgesiedelt werden. Gebiete für die Umsiedlung wurden bisher jedoch nicht ausgewiesen.

Schlußfolgerungen

Zieht man alles schon absehbaren negativen Folgen wie Zwangsumsiedlung, Umwelt- und Gesundheitsprobleme in Betracht, dann drängt sich die Vermutung auf, dass die Zielrichtung des Projekts in der Hauptsache eine politische ist. Alternativen wurden nicht untersucht.

Die Betroffenen, seien es nun die Bewohner der Region oder die Anrainerstaaten wurden nicht konsultiert. Für

die Zukunft drohen Konflikte um das Wasser des Tigris. Doch dies ficht die türkische Regierung nicht an. So erklärte der ehemalige Staatspräsident Demirel: "Mit dem Wasser ist es wie mit dem Öl. Wer an der Quelle des Wassers sitzt, hat ein Recht darauf, das ihm niemand streitig machen kann." Mit der Übernahme einer Hermesbürgschaft würde die Bundesrepublik sich praktisch am Aufbau eines Konfliktes um die Wasserressourcen einer ganzen Region beteiligen und die Türkei ermutigen, ihr rücksichtsloses Verhalten fortzusetzen.

Die Weigerung der Türkei, das Abkommen über die Nutzung von Wasserwegen zu unterzeichnen, ist im Grunde gleichbedeutend mit einer Weigerung, Probleme friedlich und einvernehmlich zu lösen, und gibt einen deutlichen Hinweis auf die eigentliche Intention und den Impetus türkischer Politik. Sie liegt auf der traditionellen Linie der Außenpolitik gerade gegenüber den arabischen Nachbarn: Ein bestimmender politischer und vor allem militärischer Einfluß in der Region sind hier das Leitmotiv. Einvernehmliche Lösungen, de-eskalierende, kooperative Strategien sind keine Mittel dieser Politik. Zudem bindet die Finanzierung politisch akzentuierter Großprojekte, die meist nur über staatliche Exportkreditbürgschaften überhaupt finanzierbar sind, die betreffenden Staaten und beteiligten Unternehmen mit in diese Politik ein und zieht sie in ein Geflecht von Abhängigkeiten, dem sie nur schwer wieder enttrinnen können, sollen nicht die Kredite insgesamt und die mit den Projekten verbundenen Arbeitsplätze gefährdet werden. Die Zwangsumsiedlung tausender Menschen, drohende Konflikte über die Wasserverteilung und die damit verbundene Entwurzelung und Verarmung der Betroffenen verstärken letztlich nur die Migrationsbewegungen.

Hungerstreik

Die Liste der Toten wird immer länger

von *Chris Kutschera*

Der Hungerstreik in den türkischen Gefängnissen hat inzwischen das 29. Opfer gefordert. Die Öffentlichkeit reagiert gleichgültig- und der Staat verweigert den Dialog.

Stark geschwächt, ausgestreckt auf dem Bett, das sie kaum noch verläßt, mit einer weißen Tunika bekleidet und einem roten Stirnband: Zehra Kulaksiz, 22, befindet sich seit 195 Tagen im Hungerstreik, bereit bis zum Ende durchzuhalten - und das heißt bis zum Tod. Zwar trinkt sie wie ihre Genossen, dies auch an dem Hungerstreik in den türkischen Gefängnissen beteiligen, eine Mischung aus Salz, Zucker, Zitronensaft und Vitaminen, eine Mischung, die es ihr erlaubt, den Hungerstreik über die normalen Grenzen hinaus fortzusetzen; das unweigerliche Ende jedoch läßt sich nicht vermeiden. Ihr Zimmer teilt sie mit Hulya Simsek, 38, die den Hungerstreik einen Tag vor ihr begonnen hat. Das dritte Bett in diesem Zimmer steht leer. Es war das Bett von Senay Hanoglu, 30, die nach 160 Tagen Hungerstreik starb....

Die Bewegung hatte Mitte Oktober begonnen, als die türkischen Behörden beschlossen, die Schlafsäle mit 60 bis 100 Personen abzuschaffen, in denen sich die Gefangenen nach politischen Gruppen zusammengefunden hatten, und stattdessen die wegen "Terrorismus" verurteilten Häftlinge in Gefängnisse mit Zellen des Typs F zu überführen, die ein bis drei Personen aufnehmen können. Indem sie die Häftlinge auf diese Weise isolierten, wollten die Behörden einem System ein Ende machen, das es

unterschiedlichen illegalen politischen Organisationen der türkischen extremen Linken erlaubt, ihren Einfluß auf inhaftierte Genossen zu bewahren oder sogar zu vergrößern. Die Häftlinge wissen, daß sie der Gnade der Gefängnisverwaltung ausgesetzt sind, wenn sie erst einmal in diese Gefängnisse überführt worden sind, denn diese entscheidet über die Gemeinschaftsaktivitäten wie Sport, Werkstätten, Freizeitgestaltung ebenso wie über "Rehabilitationsprogramme". Sie vergibt die Belohnungen für das Wohlverhalten der Häftlinge. Nach dem Scheitern eines Vermittlungsversuches durch Vertreter der Zivilgesellschaft und türkische Schriftsteller ließen die türkischen Behörden am 19. Dezember die Gefängnisse stürmen, um die Gefangenen mit Gewalt aus den Schlafsälen zu entfernen und zu überführen. Bilanz dieser harten Operation: 32 Tote, davon zwei Polizisten.

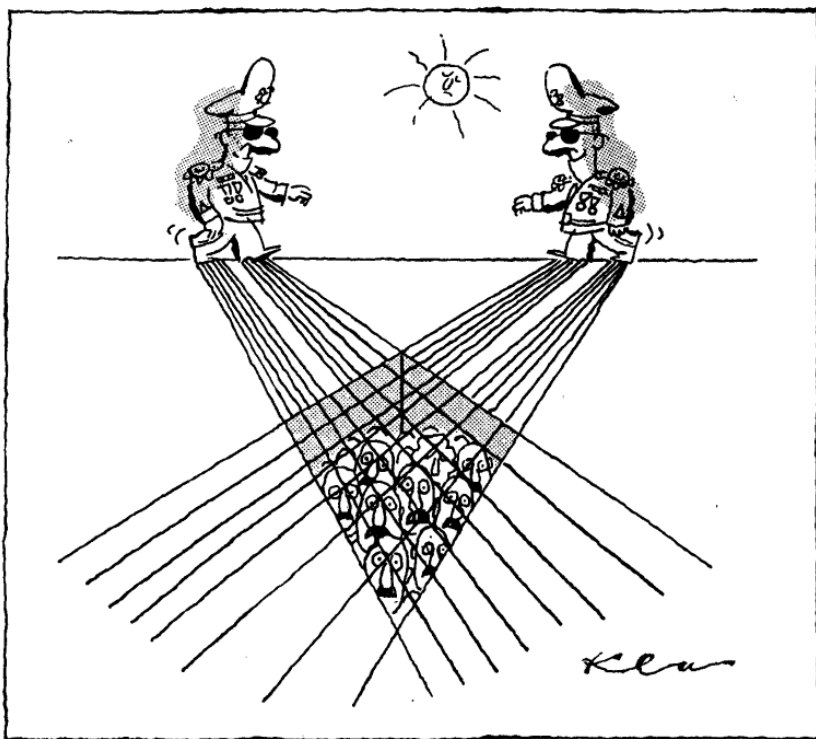
Die Bewegung des Hungerstreiks bis zum Tode geht seitdem weiter, innerhalb der Gefängnisse ebenso wie außerhalb, wo Eltern und Freunde einen Solidaritäts-Streik veranstalten.

Die Bilanz ist furchtbar: 23 Menschen sind bereits gestorben im Verlaufe dieses Hungerstreiks, Dutzende weitere befinden sich in einem ernsten Zustand und haben nach Auskunft der Ärzte bereits irreversible Schäden davongetragen. Merkwürdigerweise spielt sich diese Tragödie in einem Umfeld ab, das durch eine Art Gleichgültigkeit der öffentlichen Meinung gekennzeichnet ist. Die neuerliche Wirtschaftskrise, die die Türkei erfaßt hat, trägt gewiß zum

Schweigen der Öffentlichkeit bei; doch das ist nicht alles: Da sie in der Mehrzahl der extrem türkischen Linken angehören, sind diese Militanten Opfer der Fraktionierung der türkischen Linken- und ihres jedenfalls sehr schwachen Interesses für diese extremistischen Grüppchen, für die sie nur wenig Sympathie hat. Weil die Behörden strikte Anweisung an die Medien gegeben haben, die Berichterstattung über diese Bewegung in Grenzen zu halten, tendiert die schlecht informierte öffentliche Meinung dahin, die Hungerstreikenden als "Terroristen" zu betrachten, die nun bekommen, was sie verdient haben: "man bietet ihnen Luxuszellen an; sie haben die Wahl getroffen - die schlechtere Wahl - das ist ihr Problem", erklärt ein Gymnasiallehrer trotzdem ganz liberal... Dieser Hungerstreik

wird vielleicht von "Revolutionären" gelenkt, die sich als Flüchtlinge im Ausland befinden und bereit sind, ihre Kämpfer für fragwürdige Ziele zu opfern: "Der Staat verhandelt nicht mit den Gefangenen unter dem Vorwand, sie seien Terroristen", sagt Eren Keskin, Vorsitzende der Abteilung Istanbul des IHD (Menschenrechtsverein); "wir aber, wir sagen, es sind Bürger und man muß mit ihnen reden. Für den IHD ist es nicht wichtig, ob sie gesteuert werden oder ob sie freiwillig an diesem Hungerstreik bis zum Ende teilnehmen; es muß in dieser Situation eine Lösung gefunden werden."

Der französische Publizist Chris Kutschera ist Erstunterzeichner des Appells "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan"



Zeichnung: Klaus Becher

ter von Kardinal Hume, GB), **Prof. Dr. Luigi Ferraioli** (Professor für Rechtsphilosophie, Italien), **Paul Flynn** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, GB), **Dario Fo** (Regisseur, Autor, Schauspieler, Literaturnobelpreisträger, Italien), **Domenico Gallo** (Jurist, ehem. Senator der CI, Mitglied der Magistratura Democratica, Italien), **Dr. Rolf Gössner** (RA, Publizist), **Prof. Dr. Uwe Jens Heuer** (Professor für Rechtswissenschaften, Berlin), **Lord Raymond Hylton** (House of Lords, GB), **Walid Jumblat** (Vorsitzender der Sozialistischen Fortschrittspartei, Libanon), **Máiréad Keane** (Vors. der Abteilung für Internationale Beziehungen, Sinn Féin, Nordirland), **Jean-Jacques Kiryacharian** (Repräsentant des MRAP bei der UNO, Frankreich), **Dietrich Kittner** (Kabarettist, Deutschland), **Chris Kutschera** (Schriftsteller, Frankreich), **David MacDowall** (Schriftsteller, GB), **Mairead Maguire** (Nobelpreisträger, Nordirland), **Norbert Mattes** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., BRD), **Renée Mignot** (stellv. Generalsekretärin des MRAP, Frankreich), **Danielle Mitterrand** (Stiftung France Liberté, Frankreich), **Prof. Dr. h.c. Ronald Mönch** (Rektor der Hochschule Bremen), **Yayla Mönch-Buçak** (Universität Oldenburg), **Gianna Nannini** (Künstlerin, Italien), **Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr** (Komitee für Grundrechte und Demokratie, BRD), **Roland Offeringer** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland), **Dr. Mamoud Osman** (Kurdischer Politiker, GB), **Prof. Dr. Norman Paech** (Völkerrechtler, Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg), **Giovanni Palombarini** (Jurist, ehem. Vors. der Magistratura Democratica, Italien), **Gareth Peirce** (Rechtsanwältin, GB), **Livio Pepino** (Jurist, Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Franca Rame** (Autorin, Regisseurin, Schauspielerin, Italien), **José Ramos-Horta** (Friedensnobelpreisträger, Osttimor), **Lord John Nicholas Rea** (House of Lords, GB), **Prof. Dr. Werner Ruf** (Völkerrechtler, Universität Kassel), **José Saramago** (Literaturnobelpreisträger, Portugal), **Günther Schwarberg** (Journalist, BRD), **Prof. Dr. Gerhard Stuby** (Völkerrechtler, Uni Bremen), **Rudi Vis** (Parlamentsabgeordneter, Labour, GB), **Alice Walker** (Schriftstellerin, USA), **Prof. Jürgen Waller** (Rektor der Hochschule für Künste Bremen), **Frances Webber** (Rechtsanwalt, GB), **Prof. Dr. Jean Ziegler** (Nationalrat und Publizist, Schweiz)